

Für verheiratete Frauen droht Abbau der Erwerbslosenunterstützung

Demonstriert am 1. Mai mit der SPD für Arbeit und Brot — Wählt auf allen Stempelstellen Arbeiterinnen als Delegierte zu den Konferenzen werktätiger Frauen am 25. Mai

Die erwerbslosen Frauen werden unter ganz besonderen Umständen genannt. Nicht nur, daß sie auf Grund der allgemeinen schlechten Entlohnung zum größten Teil die niedrigsten Unterstützungssätze beziehen, werden sie auch ganz besonders unter den Druck der kapitalistischen Ehegattenehe gelehrt.

Die ersten Angriffe zur Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung konzentrierten sich auf die Frauen. Hier war es der ADGB, der Bahndirektor war, um die verheirateten Frauen aus den Bezirken zu entfernen. Bereits im März vorigen Jahres forderte der ADGB kategorisch durch eine Entschließung die Entziehung der Unterstützung verheirateter Frauen, und am 7. Mai kam ein Entschluß heraus, in dem es heißt:

„Ein Arbeiterlohn, der Unterstützung bezieht, muß dem Arbeitmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen.“

Nicht als erwerbslos gilt, wer im Betrieb des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern von Abkömmlingen oder Geschwister des gemeinsamen Lebensunterhalt mit erwirbt, oder weiter mit erwerben kann.“

Wie die Arbeiterfrau unter die niedrigsten Unterstützungssätze fällt, können wir an einer Tabelle von Berlin erkennen.

Von 100 000 erwerbslosen Frauen erhielten
78,2 Proz. 6,- bis 10,80 Mark
19,7 Proz. 13,20 bis 15,75 Mark
2,1 Proz. 17,85 bis 22,05 Mark

Das ist eine geringe Unterstützung, die durch das neue Gesetz noch geschnitten, zum Teil ganz gestrichen. In Berlin wurden 70 Prozent der verheirateten Frauen ihre Unterstützung entzogen. Wenn man dabei bedenkt, daß ein Drittel aller erwerbslosen Frauen verheiratet sind, kann man erst ermessen, welche ungeheure Maßnahme dies ist.

Einer Mutter mit einem 3 Monate alten Kinde wurde die Unterstützung entzogen.

„Weil Sie sich der Pflege des kleinen Kindes widmen müssen, die deshalb dem Arbeitsmarkt nicht voll zur Verfügung stehen, müssen wir Ihnen die Unterstützung entziehen.“

Über nicht nur den verheirateten Frauen wird die Unterstützung gestrichen, auch die Hausfrau als Berufstätige angehen, sondern auch den jungen Arbeiterinnen:

Eine 17-jährige Arbeiterin erhielt deshalb keine Unterstützung, weil ihr Vater vollbeschäftigt und ihre Mutter Hausarbeiterin war und sie die Hälfte der Kosten im Haushalt ihrer Eltern ihren Lebensunterhalt mit erwerben kann.

Und nicht nur der jungen Arbeiterin, sondern auch dem Manne, dessen Frau irgendeinem Beruf nachgeht, wird die Unterstützung entzogen:

In Großdörfel erhielt ein Arbeiterlohn, verheirateter Arbeiter, der bereits ausgetrennt und der Wohlfahrt überwiegen worden ist, im Monat 2 Mark, weil seine Frau als Hausarbeiterin bei täglich 10 bis 14 Stunden Arbeit (für ein Paar Strumpfhalter zu nähen erhält sie 1 Pfennig) monatlich 42 Mark verdient.

So wirkt sich die Politik der sozialdemokratischen Führer auf die Arbeiter der Frauen aus. Vergessen wir nicht, daß Willst und Hilferding und mit ihnen die sozialdemokratischen Führer von SPD und ADGB es waren, die diese Verschlechterungen mit verschlagen und durchzuführen halfen. Es ist ein bewusster Betrugsmaschener, wenn die Sozialdemokraten heute behaupten, sie seien aus der Regierung ausgeschieden, weil sie angeblich den Kampf für die Erwerbslosen geführt hätten. Das ist nicht wahr! Gerade sie waren es, die immer wieder verhindert, daß die Arbeiter den Kampf geschlossen dagegen aufnehmen konnten, sie

wären es, die bei den Hungerdemonstrationen den Erwerbslosen am 6. und 13. März durch ihre Polizeipräsidenten die Erwerbslosen mit blauen Bohnen fütterten. Vergessen wir nicht, daß die Sozialdemokraten es waren, die wohl Millionen für Hungerkreuzzüge, aber keinen Pfennig für Kindererziehung übrig hatten.

Anstatt Kampf um Lohnerhöhung, Siebenstundentag, gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, für Wiedereinrichtung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess führten die sozialdemokratischen Führer der SPD und des ADGB eine wüste Hege gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die SPD, die allein mutig den Kampf aufnahmen gegen den Lohnabbau, für den Siebenstundentag und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess.

Die hier angeführten Tatsachen müssen den Proletariaten zur Lehre dienen, die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der werktätigen Frauen und Männer um Lohn und Brot zusammen mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der SPD einzusehen und die geschlossene Kampffront des revolutionären Proletariats herzustellen.

Die Forderung des ADGB und der Sozialdemokratie in den Bezirken, die verheirateten Frauen zuerst zu entlassen, ist ein Versuch, die geschlossene Kampffront von Mann und Frau zu zerlegen.

Wir wollen gemeinsamen Kampf um höhere Löhne und gleichen Lohn bei gleicher Arbeit.

Die RPD Sachsen hat für 25. Mai zu Konferenzen werktätiger Frauen anzufragen. Die Konferenzen finden statt in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Glauchau, Kadeberg, Birna, Borna und Riesa. Für das Ostpreußen Gebiet wird die Konferenz bereits am 29. April stattfinden.

Keine Stempelstelle darf vorhanden sein, von der nicht mindestens eine erwerbslose Arbeiterin delegiert ist.

Kommt sofort auf allen Stempelstellen Stellung. Organisiert die Finanzierung der Delegierten gemeinsam mit den noch im Betrieb stehenden Arbeiterkollegen.

Nur wenn die Betriebsarbeiter, -arbeiterinnen, proletarischen Hausfrauen und die erwerbslosen Frauen und Männer zusammenstehen in einer geschlossenen Front gegen die Ausbeuter und ihre Trabanten, und den Kampf um die Befreiung aufnehmen, werden wir den Sieg des Proletariats erringen können.

Oppositionelle Kandidaten bei der Reichspost

in den Zentralbetriebsrat! — Christliche, sozialdemokratische, kommunistische Post- und Telegraphenarbeiter und -angestellte, schließt die Reihen! — Organisiert die Wirtschaftskämpfe unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Erst seit kurzer Zeit nehmen die Post- und Telegraphenarbeiter und -angestellten zu den Fragen des Wirtschaftskampfes und der Betriebsrätearbeiten vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes aus Stellung, mit dem Erfolg, daß eine verbältnismäßig breitere Massenbewegung entstanden ist. Im Hinblick auf die systematische Verbürgerlichung des Postpersonals durch die reformtätigen-funktionalen Verbands- und Vereinstätigkeiten ist die jetzt einsetzende Massenbewegung in den Post- und Telegraphenbetrieben ein Beweis mehr für die Zuspitzung der Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie. In die-

Rast vergessen?

Daß heute der Betriebsratkurs beginnt?
Nun aber schnell nach
Poppitz 18
Saal der IAH.
Um 8 Uhr geht's pünktlich los!

Der Streik bei Hartung

„Vorwärts“ als Streikführer

Der Vorwärts vom Freitag dem 24. April bringt unter der Überschrift „Ein wider Streik bei der Firma Hartung AG, Nichtenberg“ eine Rechtfertigung der Streikbrüchigkeit des DVB. In diesem Artikel zeigt sich die erbärmliche Rolle, die der DVB und auch die von der Ortsverwaltung eingeleitet in diesem gegen Lohnabbau gehenden Abwehrkampf der Pöcher einnimmt. Die Gewerkschaften des Vorwärts wissen genau, daß die kommunistische Partei bis heute keine Versammlung bei Hartung abgehalten hat, sondern daß die oppositionelle Branchenkommission eingriff, nachdem die Pöcher schon 2 Tage den Betrieb verlassen hatten, und die Kämpfenden mit Rat und Tat unterstützte. Demgegenüber war die Ortsverwaltung des DVB schon 3 Tage durch den sozialdemokratischen Betriebsrat Falkenberg unterrichtet, hatte aber nichts unternommen im Interesse der Pöcher.

Wenn die Pöcher schon 3 Tage lang verhandelt, ohne ein Resultat zu erzielen und von Krennmerer nur die Antwort bekamen: „Für diese Arbeit gibt es keinen Pfennig mehr!“ und die Pöcher in 8 Tage statt des Durchschnittsverdienstes von 1,35 RM nur 89 Pf. verdienten, so mußten sie als Klassenbewusste Arbeiter mit der Arbeitniederlegung antworten.

Im übrigen macht sich der Vorwärts als Streikführer die reaktionäre Stellungnahme Krennmerers zu eigen, der sich bereit erklärt hat, „nochmals zu verhandeln, wenn die Arbeit von dem am Tarifvertrag beteiligten Arbeiter aufgenommen wird“. Daß dann die Mehrheit der Pöcher gestreikt worden wäre, da nur im gesamten Betrieb 35 Mitglieder des DVB vorhanden sind, liegt ja im Interesse des Unternehmers und der Clique um Ulrich.

Die Belegschaft hat nur recht gehandelt, daß sie als Antwort auf den Lohnabbau mit dem Streik antwortete. Die oppositionelle Branchenleitung wird den Streik der Belegschaft von Hartung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen.

Ein bezeichnendes Urteil

Die bürgerliche Justiz stellt sich schützend vor die DTD-Bürokratie

Während und nach dem für das gesamte schlesische Textilproletariat bedeutungsvollen Streit der Recenia-Belegschaft in Hammannsdorf hatte der Kampf das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie in das richtige Licht gestellt. Der Gewerkschaftsleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Sachsen, J. v. d. Hülse, ließ sich dadurch getroffen und irragte eine Preisfrage gegen den verurteilten Reaktor des Kampfers an, um ihn von dem bürgerlichen Gericht keine angelegene Ehre als „alter, bewährter Arbeiterführer“, wie er sich in der schlesischen Begründung des Streikaustrages selbst bezeichnete, wiederherstellen zu lassen. Aber nicht allein darauf hat es ihm an, sondern der Reaktor des Kampfers sollte ausdrücklich bekräftigt werden, weil die kommunistische Partei die Interessen der streikenden Belegschaft gewahrt und an dem Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie Kritik geübt hatte. Das kam besonders darin zum Ausdruck, daß der Rechtsverteiler des Gewerkschaftsleiter ausdrücklich eine „hohe Strafe“ beantragte.

Die Hauptverhandlung fand am Dienstag dem 22. April vor dem Amtsgericht in Chemnitz statt.

Obwohl wirer Gewinne dem Nachweis erbringen konnte, daß die vom Gewerkschaftsleiter in seinem Strafaufruf gegebene Darstellung von dem Verlauf der Verhandlung des Recenia-Streikes nicht den Tatsachen entspricht, verurteilte ihn das Gericht zu 200 Mark Geldstrafe bzw. 20 Tagen Gefängnis.

Der Antrag des Angeklagten, den Gewerkschaftsleiter Kellian als Zeugen zu haben, wurde abgelehnt. Eine besondere Bedeutung erhält dieses Urteil dadurch, daß dem Beisitzer des Reichsgerichtes, der die Verhandlung leitete, den verurteilten Teil des Urteils an der Spitze des „Kampfers“ veröffentlicht zu lassen. Das hätte nicht einmal der Kläger beantragt und eine solche Festlegung ist bisher in noch keinem Fall einer Preisfragestellung erfolgt. Das Urteil ist deshalb eine Demonstration dafür, daß die

„bezeichnende Klasse ein außerordentliches Interesse daran hat, daß der Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie innerhalb der Arbeiterheit erhalten bleibt.“

Der Rechtsverteiler des Gewerkschaftsleiter bewies mit besonderem Nachdruck

„desse „Verdienste“ um die Erhaltung des Wirtschaftslebens.“

Er bezeichnende den Kampf der Recenia-Belegschaft gegen den ungeheuerlichen Lohnabbau als einen

„milden Streit“ und gab damit indirekt zu, daß die Gewerkschaftsbürokratie es als ihre Aufgabe betrachtete, den Streit unter allen Umständen zu beenden, weil ihrer Meinung nach die Firma um-

nicht die Belegschaft im Rechte war. Zwar selbst beschränkte sich darauf, eine von ihm in seiner Klagechrift aufgestellte und von seinem Rechtsvertreter in der Verhandlung wiederholte Behauptung zurückzunehmen.

Das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen, doch die Arbeiterheit und besonders das schlesische Textilproletariat hat ihr Urteil über das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie insbesondere während des Recenia-Streikes gefällt. Die Beurteilung des kommunistischen Reaktors durch das bürgerliche Gericht wird das Urteil der Arbeiterheit nur noch erhärten!

Der Maschinenereistreit geht weiter

Der Streit der Maschinenereier in der Deutschen Tageszeitung, die in geschlossener Front kämpfen, bis auf einen, der desertiert ist, trotzdem seine wirtschaftliche Lage sehr günstig ist, geht weiter.

Die Streikbrecher, die als Verbandsmitglieder ihre schmutzige Rolle spielen können, und der sozialdemokratische Funktionärspoker der Belegschaft haben bisher die Niederlage der Unternehmer verhindert. Es ist eine Klippe, wenn hier und da noch die Ansicht verbreitet wird, dieser Streit wäre eine lokale Angelegenheit zwischen der Direktion der deutschen Firma und den ausländischen Maschinenereiern.

Die Aktion der Deutschen Tageszeitung mit der Firma Zelle-Göler, die zum Zwecke einer noch größeren Ausweitung des Produktionsapparates der beiden Firmen durchgeführt worden ist, beweist, daß die Konzentration des Kapitals in der graphischen Industrie materialisiert. Das bedeutet aber für die graphische Arbeiterheit vermehrte Ausbeutung und Lohnabbau.

Die Kollegenheit muß diese Dinge aufmerksam verfolgen. Sie muß sehen, daß der Streit der Maschinenereier für alle graphischen Arbeiter von entscheidender Bedeutung ist. Ihr Erfolg ist ein Erfolg der gesamten Arbeiterheit. Deswegen müssen alle graphischen Arbeiter diesen Streit nicht nur finanziell unterstützen. Die Verbandsbürokratie vermag nicht nur, sondern sie bekämpft diesen Streit aktiv. Das beweist ihr Verhalten zu den Streikbrechern. Die Kündigung des Lohntarifs ist bisher, obwohl der Termin immer näher rückt, von denselben Leuten noch nicht in den Verbandsorganen behandelt worden.

dem Zusammenhange steht eine verschärfte Lohnabbau- und Wajenentlastungs-offensive in den Volkbetrieben ein. Ganz offensichtlich geht in der Reichspost die Staatsbürokratie mit einem verschärften Nationalisierungskurs vor, wie dies vom Young Kapital vorgezeichnet ist.

Die Post- und Telegraphenarbeiter jedoch beginnen sich zu sammeln um das rote Banner des revolutionären Klassenkampfes. Im Zeichen eines aufstehenden entschlossenen Wirtschaftskampfes der Post- und Telegraphenarbeiter um Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf., den Siebenstundentag mit Lohnausgleich, gegen die Entlassungen markiert die revolutionäre Opposition in die Wahlklausur am den Zentralbetriebsrat mit folgenden Kandidaten:

1. Stronisch, Johann, Tel.-Arbeiter, Berlin
2. Koch, Georg, Feinmechaniker, Hamburg
3. Koch, Paul, Stundenhelfer, Berlin
4. Kadusch, Hilde, Posthelferin, Berlin
5. Eißner, Hans, Tel.-Handwerker, Leipzig
6. Frischmann, Hermann, Posthelfer, Barmen
7. Sannes, Wilhelm, Tel.-Arbeiter, Remscheid
8. Schölk, Edward, Tel.-Arbeiter, Mannheim
9. Wiejede, Richard, Tel.-Handwerker, Berlin-Nichtenberg
10. Kojelisch, Albert, Angehülter, Hamburg
11. Darsch, Bruno, Tel.-Arbeiter, Remscheid
12. Häfelföder, Otto, Arbeiter, Berlin-Neutalun
13. Hartung, Heinz, Tel.-Arbeiter, Vöfel-Hamburg
14. Schupaus, Emil, Posthelfer, Barmen
15. Eilers, Hermann, Tel.-Arbeiter, Berlin-Pankow
16. Dammig Ewald, Tel.-Handwerker, Berlin
17. Hiescher, Wilm, Tel.-Arbeiter, Berlin-Pankow
18. Wirth, Demetrius, Mechaniker, Hamburg-Altona
19. Storch, Paul, Tel.-Arbeiter, Berlin
20. Feldt, Friedrich, Tel.-Arbeiter, Berlin-Wilmersdorf
21. Köbel, Arthur, Posthelfer, Remscheid
22. Jaipel, Paul, Tel.-Handwerker, Leipzig
23. Berger, Karl, Posthelfer, Berlin
24. Wegner, Wilhelm, Posthelfer, Berlin.

Post- und Telegraphenarbeiter und -angestellte! Schließt alle Voraussetzungen für eure betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe! In allen Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen rote Vertrauensleute! Wählt am 10. 11. und 12. Mai nur die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

5 Prozent Lohnabbau für Metallarbeiter

Die Metallindustrie im Bezirk Hannover-Braunschweig haben im Hameln-Gebiet den Angriff auf die gesamte Metallarbeiterheit begonnen. Der Abbau der Lohnsätze am 1. April gibt ihnen Gelegenheit, eine Lohnabbauoffensive durchzuführen. Sie haben die Tarife zum 1. Mai gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne um 5 Prozent verlangt.

Die gesamte Metallarbeiterheit im Bereich der Gebiete Hannover-Braunschweig muß den Vorstoß der Metallindustrie mit einem offenen Gegenangriff beantworten. Die Gewerkschaftsbürokratie, die sich wieder einmal auf das Verhandeln verlegt, wird nicht unterstützen, um gegenüber dieser Offensive die Kampffront der Arbeiterheit zu organisieren. Es ist darum notwendig, daß unmittelbar Kampfaktionen geschaffen werden und die gesamte Metallarbeiterheit zum Kampf mobilisiert wird.

Massenaufmarsch am 1. Mai unsere Lösung!

Organisiert den gemeinschaftlichen Aufmarsch der Betriebsarbeiter, Erwerbslosen, werktätigen Frauen und Jungarbeiter unter der Führung der SPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition